

# 66. Plenarsitzung Zusammenfassung



## 66. Plenarsitzung Zusammenfassung

---

*von Anton Baron MdL*

Am 11. Juni stand eine halbtägige Sitzung mit vier Tagesordnungspunkten an.

Bei diesen ging es allerdings kontrovers und teilweise amüsant zur Sache.

<https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2018/20180711sitzung0661.html?t=0>

**TOP 1) Antrag der Fraktion der SPD und  
Stellungnahme des Ministeriums für In-  
neres, Digitalisierung und Migration:  
Aktueller Stand zur Evaluierung der Poli-  
zeistrukturreform**

In diesem vorgezogenen Antrag der SPD-Fraktion ging es um die Evaluierung der Polizeireform, die unter der grünroten Landesregierung vorgenommen worden war. Der SPD-Redner bezeichnete die Reform auch wenig überraschend wegen einer veränderten Situation als richtig und wichtig. Die Polizei sei durch die Reform schlagkräftiger und effektiver geworden. Die Evaluierung habe allerdings nicht funktioniert und den Kostenrahmen gesprengt.

Unser Redner Lars Patrick Berg bemängelte die mangelnde Transparenz bei der Polizeireform. Zudem habe der Minister anscheinend nur noch wenig Autorität in der Landespolizei, wenn zum Beispiel Abschiebetermine öffentlich würden. Es habe zwar auch viele gute Ziele gegeben, wie etwa einige Maßnahmen zur Verkehrssicherheit oder gegen Gefährder.



*Lars Patrick Berg MdL (Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen)*

Dennoch sei insbesondere die finanzielle Planung geradezu katastrophal gewesen. Um Aufklärung und Transparenz zu schaffen, habe die AfD-Fraktion auch einen Berichts Antrag eingebracht, so Berg.

Die Polizei dürfe niemals Spielball sein, sondern brauche vielmehr Planungssicherheit.

Innenminister Strobl schob, wie nicht anders zu erwarten, einseitig der SPD die Schuld in die Schuhe, da die Reform ursprünglich aus deren Hand gestammt habe. Man habe lediglich versucht, die Fehler dieser Reform auszubügeln und sei darin erfolgreich.

Wirkliches Bewusstsein für eigene Verfehlungen scheint bei insbesondere bei Strobl zu fehlen, was auch daran ersichtlich war, dass er trotz zahlreicher Schließungen von Wachen und Präsidien von einer bürger-nahen und regional strukturierten Polizei sprach. In der zweiten Runde machte unser Abgeordneter Klaus Dürr auf die spektakuläre Fehlkalkulation der Landesregierung aufmerksam:

Man habe die Kosten auf 70 Millionen Euro angesetzt und sei schlussendlich bei 120 Millionen gelandet. Diese Falschplanung müsse auch am Personal in der Landesregierung liegen, das hier versagt habe.



*Klaus Dürr MdL (Wahlkreis Calw)*

## **TOP 2) Mündlicher Bericht der Vorsitzenden des Petitionsausschusses und Aussprache**

Zu Beginn des Berichts sprach die grüne Vorsitzende Böhlen über die Arbeit des Ausschusses. Es habe einen Rückgang der Eingaben um 16,5 Prozent gegeben, dennoch habe man oft helfen können.

Bemerkenswert war die Rede ihres CDU-Stellvertreters Zimmermann. Angesichts der zahlreichen Eingaben wegen Windrädern bekannte dieser völlig offen: „Ich bin gegen Windkraftanlagen in Baden-Württemberg.“ Der Wind sei oft nicht so stark wie nötig. Alleine um dies aufzuzeigen, erscheinen Widersprüche der Betroffenen sinnvoll, auch wenn sich in den Abstimmungen leider noch stets die Position der Grünen durchsetzt.

Für unsere Fraktion sprach das Ausschussmitglied Daniel Rottmann, der auch unserem Arbeitskreis für Petitionen vorsteht. Er beurteilte die Arbeit positiv. Der Ausschuss generiere oft gute Nachrichten, auch wegen seiner großen Stärke, der Bürgernähe. Rottmann bedankte sich auch bei allen seiner Ausschusskollegen für die kollegiale Zusammenarbeit. Im Petitionsausschuss gehe es weniger um Parteipolitik, weshalb auch viele Abstimmungen einstimmig getroffen würden.



*Daniel Rottmann MdL (Wahlkreis Ehingen)*

Jedoch kam auch Rottmann auf das kontroverse Thema Windenergie zu sprechen. Als Beispiel führte er einen Vororttermin bei Winterbach an. Rottmann kritisierte, dass der CDU-Abgeordnete Zimmermann und seine Kollegen bei Terminen vor Ort Hoffnungen bei den Bürgern wecken, dann aber im Parlament gegen die Petenten und Bürgerinitiativen stimmen. Rottmann wörtlich über das Abstimmungsverhalten der CDU im Landtag nach Vorortterminen und Petitionsausschuss: „Ein CDUler, der in den Petitionsausschuss reingeht, kommt als Grüner wieder raus.“

---

## **TOP 3) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung: Digitale Bildung und Medienbildung in Baden-Württemberg**

Wie schon dem Titel zu entnehmen, ging es der grünen Fraktion in dieser Großen Anfrage um eine Bestandsaufnahme zur digitalen Bildung, die wie üblich bei Initiativen der Regierungsfractionen eher selbstbeweihräuchernd und auch unkritisch gegenüber den Medien ausfiel. Unser Bildungsexperte Dr. Rainer Balzer brachte das Vorgehen bei solchen Initiativen recht prägnant auf den Punkt:

Je schlechter der Kenntnisstand, desto blumiger sei oft die Rhetorik, zum Beispiel und insbesondere hinsichtlich der Digitalisierung. Dr. Balzer machte klar, dass das Verstehen kein Ersatz für das Auswendiglernen sei, das Wischen auf dem Smartphone ohnehin nicht. Bei all diesen Worthülsen habe die Landesregierung nur wenig Verständnis für Fachliches. Es stelle sich die Frage, ob dort überhaupt der Unterschied zwischen analog und digital bekannt sei. Bei dem behaupteten Ziel des

Antrages, den Blick auf den erreichten Stand der Dinge zu werfen, machte Dr. Balzer die bereits angesprochene Selbstbeweihräucherung aus, weiterhin aber auch eine bemerkenswerte Staatsgläubigkeit. Für die grüne Fraktion gehöre offenbar alles zum Gestaltungsraum der Landesregierung, inklusive der Elternberatung.



Dr. Rainer Balzer MdL (Wahlkreis Bruchsal)

Demgegenüber vermisse die AfD-Fraktion ein Bewusstsein für ein Ende des staatlichen Einflusses. Man müsse den Lehrern nämlich durchaus wieder mehr selbst überlassen, als alles staatlich vorzuschreiben. Der Bezug zu den Schülern sei viel wichtiger als jede Digitalisierung. Zu dieser merkte Dr. Balzer an, sie diene dem Bund nur dazu, den Ländern mittels des sogenannten Digitalpakts etwas von der Bildungshoheit wegzunehmen.

Der Verdacht habe sich bestätigt, da nun hierzu eine Grundgesetzänderung anstehende. Zu dieser und zur Kultushoheit insgesamt seien die Positionen sowohl der CDU als auch der Grünen bemerkenswert inkohärent. Wenn es die Landesregierung mit der Stärkung der Kultushoheit und mit der auch von Kultusministerin Eisenmann vorgebrachten Kritik an der Grundgesetzänderung ernst meine, solle sie daher im Bundesrat einen Gegenentwurf vorlegen.

#### TOP 4) Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU: Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels in Deutschland

Bei dem neu einzuführenden Tierwohllabel geht es um eine Kennzeichnung von Fleisch und anderen tierischen Produkten nach der Haltung. Das freiwillige Label des Bundes solle ein verpflichtendes werden, so der Tenor des Antrags.

Unser Abgeordneter Stefan Herre bezeichnete die Labeldebatte allerdings als Augenwischerei. Es gehe bei dem Label nur darum, Emotionen zu wecken. Die inhaltlich dünne heutige Debatte sei ein Beispiel dafür. Den Tieren sei mit dem Label hingegen nicht geholfen. Die AfD setze sich dafür ein, Defizite in der Massentierhaltung zu bekämpfen. Ein freiwilliges Label, das zudem 70 Millionen Euro koste, sei dafür nicht notwendig, sondern vielmehr die Durchsetzung geltenden Rechts.



Stefan Herre MdL (Wahlkreis Balingen)

Auch auf die soziale Komponente machte Herre aufmerksam: Bis zu 20 Prozent höhere Preise für Fleisch seien durch das Label zu erwarten! Die Aussage des „Lidl“ Einkaufschefs, die Moral ende oft am Geldbeutel, sei durchaus zutreffend. Daher könnten die Auswirkungen hinsichtlich des Tierwohls sogar negativ sein. Diejeni-

gen Verbraucher, die sich das teure deutsche Labelfleisch nicht leisten könnten, würden dann nämlich billiges Fleisch aus dem Ausland kaufen, wo die Haltungsbedingungen oft deutlich schlechter seien.

Starke Bedenken äußerte Herre auch bezüglich der Gastronomie. Dort sei eine Konsumation anhand des Labels gar nicht praktikabel. Die AfD halte den Antrag eher für eine sinnlose Grußformel nach Berlin als für einen richtigen Schritt, so Stefan Herre abschließend.

*mehrheitlich zugestimmt, AfD dagegen*

